

N i e d e r s c h r i f t

HFA/016/2006

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 09.05.2006**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Frau Christel Brachmann	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt ab 18:30 bis 19:40 Uhr von TOP 5 bis TOP 9
-------------------------	-----	---

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt bis 18:30 Uhr, TOP 4
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Christian Kaisal
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Falk Toczowski
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Horst Dewenter
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Frau Ellen Knoop
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Ma- rianne Helmes
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Mo- nika Lulay

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter Anwesend ab 17:50 Uhr, TOP 5
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütkeemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter Interner Service
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Netter	Stellv. Personalratsvor- sitzender
Frau Ursula Hartmann	Personalratsmitglied
Frau Alexandra Schubert	Jugendauszubildenden- vertreterin Anwesend bis 19:45 Uhr, TOP 12
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann	fraktionslos	Ratsmitglied
----------------------	--------------	--------------

Öffentlicher Teil:

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt sie mit, dass die Tagesordnung um die Nachtragsvorlage Nr. 181/06 „Offene Ganztagsgrundschulen - Beginn der Bau- maßnahmen“ erweitert werden müsse. Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, diese Vorlage als TOP 7 b zu beraten. Aus dem bisherigen TOP 7 wird TOP 7a.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung folgt der Haupt- und Finanzausschuss dem Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder.

1. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung am 25. April 2006

Tonbandfundstelle: I/A/0235

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25. April 2006 gefassten Beschlüsse

Tonbandfundstelle: I/A/0267

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

Tonbandfundstelle: I/A/0333

Es liegen keine Informationen vor.

4. Raumkonzept der AG "Kulturorganisation" für das Josef-Winckler-Zentrum bzw. das 2. OG des Volksbankgebäudes Vorlage: 175/06

Tonbandfundstelle: I/A/0354

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage. Sie bezieht sich auf die unbestimmte Belegung der Räume 26 bis 29 im 2. OG des Volksbankgebäudes und schlägt vor, diese Büros der Stadtbücherei zur Verfügung zu stellen. Dies setzt voraus, dass kein anderweitiger Bedarf bestehe und die Kosten dafür vorliegen. Frau Ehrenberg stellt klar, dass dieser Vorschlag dem gefassten Ratsbeschluss widerspreche. Aus fachlicher Sicht sei die Nutzung der Räume durch die Stadtbücherei jedoch ein bedeutender Fortschritt.

Zum Josef-Winckler-Zentrum informiert Frau Ehrenberg, dass die Kostenaufstellung einer Sanierung der Aula incl. der Reparatur der Bühne noch nicht feststehe. Aus fachlicher Sicht seien diese Arbeiten notwendig und für die Volkshochschule sowie der Musikschule ein großer Gewinn.

Frau Dr. Kordfelder dankt für die fachliche Stellungnahme und berichtet, dass sich der Verwaltungsvorstand bezüglich des Beschlussvorschlags an den gefassten Ratsbeschluss positioniert habe.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Niehues, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen würden. Vom gefassten Ratsbeschluss werde nicht abgewichen. Zu den Umbaukosten des Josef-Winckler-Zentrums sei eine Aufstellung der zusätzlich technischen Ausrüstungen der Niederschrift beizufügen. Diese Summe sei ungewiss und müsse verifiziert werden.

Die Aufstellung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Niehues schlägt vor, den Punkt 3 des Beschlussvorschlags wie folgt zu ergänzen. Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst frühzeitig, also noch im Jahr 2006, mit den Verkaufsbemühungen der Liegenschaften, Strätersches Haus, Kannegießerhaus sowie Mühlenstraße 31 zu beginnen. Herr Niehues begründet die Ergänzung damit, dass die CDU-Fraktion möglichst bald erkennen wolle, ob die vorgestellten Kaufpreisvorstellungen den Marktbedingungen entsprechen und ob es entsprechende Nachfragen gebe.

Herr Niehues informiert, dass diese Vorlage in Bezug auf den TOP 6, Haushaltsplan-Entwurf 2006, Festlegung der Eckdaten stehe. Er möchte daher darauf hinweisen, dass die Kosten für die Baumaßnahme ohne Einrichtungskosten von 1.986.000 Euro auf zunächst 1.800.000 Euro zu kürzen seien.

Für die SPD-Fraktion führt Herr Thum aus, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen würden. Gegebenenfalls könne der gefasste Ratsbeschluss zugunsten der Stadtbücherei modifiziert werden. Dies setze jedoch voraus, dass kein an-

derweiteriger Bedarf an diesen Büroflächen bestehe. Das der Sportsportverband im Bereich des Sportservices ein Büro benutzen könne, hält Herr Thum für sinnvoll. Zu den Besprechungsräumen bittet er zu bedenken, dass diese Räume zusätzlich der Verwaltung zu Verfügung gestellt würden und noch mit Mobiliar ausgestattet werden müssten.

Herr Ortel signalisiert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die grundsätzliche Zustimmung. Zum Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion, teilt Herr Ortel mit, dass ein schneller Abgleich zwischen den Ertragsvorstellungen und den erzielbaren Beträgen zweckmäßig sei. Sollten die Ergebnisse den Vorstellungen nicht entsprechen, müsse man Nutzungsalternativen in Betracht ziehen. Der Verkauf der Gebäude stehe für seine Fraktion nicht an erster Stelle. Zum Punkt 2 des Beschlussvorschlags stellt Herr Ortel klar, dass es hier lediglich um eine Kostenermittlung ginge. Der heutige Beschluss sei keine Auftragsvergabe für eine Sanierung.

Für die FDP-Fraktion teilt Herr Holtel mit, dass sie einer Nutzung der vier Räume im 2. OG des Rathauszentrums durch die Stadtbücherei nicht zustimmen werden. Die geplanten Räume im 1. OG seien ausreichend. Zudem müsse man bedenken, dass die Büros nicht ständig besetzt seien. Gegebenenfalls könnten die Besprechungsräume für die Durchführung spezieller Veranstaltungen der Stadtbücherei zur Verfügung gestellt werden.

Frau Ehrenberg bezieht sich auf die Forderungen der CDU-Fraktion die Verkaufsbemühungen möglichst schnell voranzutreiben. Sie gibt zu bedenken, dass erst verkauft werden könne, nachdem die Organisationseinheiten umgezogen seien und die Gebäude leer stehen.

Herr Niehues antwortet, dass es in erster Linie darum gehe, einen erzielbaren Kaufpreis zu ermitteln. Unter Umständen müsse ein gutes Angebot angenommen und für eine bestimmte Zeit ein Mietverhältnis eingegangen werden. Diese frühzeitigen Verkaufsbemühungen vermisse er bei der Veräußerung der Jugendherberge. Diese sei inzwischen umgezogen, ein Gebäude sei bislang nicht verkauft worden. Man habe sich nicht einmal Gedanken gemacht, was an dieser Stelle planungsrechtlich zugelassen werden solle. Diese Aufgaben hätten bereits erledigt werden können. Er fordert, dass nun aktive Verkaufsverhandlungen geführt werden. Die Verkaufserlöse könne man mehr als gebrauchen.

Frau Dr. Kordfelder sagt zu, dass zu dem Punkt 3 des Beschlussvorschlags die Verwaltung die Verkaufsbemühungen sehr intensiv verfolgen werde. In diesem Verkaufsprozess sichert sie eine intensive Mitnahme und Information der Politik zu.

Herr Ortel stellt klar, dass mit diesem Beschluss aus der Stadtbücherei eine Stadtbibliothek werde und sie aus dem Strätersches Haus ins EG sowie 1. OG des Rathauszentrums ziehe. Mit diesem Beschluss werde nicht der Umzug des Stadtarchivs beschlossen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorschläge der Verwaltung zu den
 - a) Ziffern 2.5 (Raumkonzept für 2. Volksbanketage) und
 - b) Ziffer 3.5 (Raumkonzept für das Josef-Winckler-Zentrum)der beigefügten Anlage (Raumkonzept vom 24. April 2006) zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Fachbereich 5 wird beauftragt, die Kosten für die Sanierung der Aula einschließlich der Bühne im Josef-Winckler-Zentrum zu ermitteln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veräußerung der frei werdenden Immobilien:
 - Strätersches Haus (Stadtbücherei)
 - Kannegießerhaus (Stadtarchiv) und
 - Mühlenstraße 31 (Haus der Volkshochschule)intensiv zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Bericht zur Umsetzung des HFA-Beschlusses vom 21. März 2006 zu den Ergebnissen der Strategie- und Finanzkommission
Vorlage: 176/06**

Tonbandfundstelle: I/A/3160

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass mit der vorliegenden Vorlage ein umfassender Sachstandsbericht zu den Beschlüssen des Haupt- und Finanzausschusses vom 21. März 2006 vorgelegt worden sei.

Die Punkte 3 a), 3 c) sowie 3 f) seien zwischenzeitlich erfüllt. Die anderen Punkte konnten unter Berücksichtigung der zeitlichen Aspekte nicht oder erst in Ansätzen erfüllt werden. Dies betreffe insbesondere Ziffer 3 b) des HFA-Beschlusses. Dabei ginge es nicht darum, dass sich die Verwaltung „sperre“, an der Umsetzung derartiger genereller Zielvorgaben zu arbeiten. Die Verwaltung habe seinerzeit darauf hingewiesen, dass der Haushaltsplanentwurf für 2006 praktisch bereits fertig sei, man stand damals zwei Wochen vor Einbringung des Etats. Auch im Rahmen des vorgesehenen Beratungsverfahrens bis zur Verabschiedung in der Ratssitzung am 21. Juni 2006, sei es realistischerweise nicht zu gelingen, ein solches Einsparpotential noch für das laufende Haushaltsjahr zu realisieren. Im übrigen habe man deutlich gemacht, dass der im Haushaltsplanentwurf eingestellte Personalaufwand „spitz“ nur für die augenblicklich bei der Stadt Rheine beschäftigten Personen, auf der Basis ihrer augenblicklichen Vergütungen und Bezüge ohne Berücksichtigung irgendwelcher tariflicher oder struktureller Anpassung, ermittelt sei. Der Personalaufwand – einschließlich der Versorgungsaufwendungen – sei mit insgesamt 37 Mio. € für den gesamten Planungszeitraum bis 2009 fortgeschrieben worden. Dies habe zur Konsequenz, dass tarifliche Steigerungen in jedem Falle durch personalwirtschaftliche und/oder organisatorische Maßnahmen aufzufangen seien. Bei einer angenommenen tarifliche Steigerungen von „nur“ 2 Prozent, wären das allein 740 T€/a! Dieser Tatbestand dürfe bei den

vom HFA beschlossenen Einsparvorgaben, aus Sicht der Verwaltung, nicht unberücksichtigt bleiben.

Im Übrigen macht Frau Dr. Kordfelder deutlich, dass auch die Verwaltung sich der notwendigen Haushaltskonsolidierung stellen werde und dies als eine der aktuellen und künftigen Schwerpunktaufgaben betrachte.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den GPA-Bericht und sagt, dass auch wenn zwischenzeitlich die im GPA-Bericht zugrunde gelegten Vergleichswerte in einigen Bereichen die damalige Bewertung der Stadt Rheine in einem deutlich besseren Licht erscheinen ließe, oder wie beispielsweise bei den Bädern die bezifferte Einsparpotentiale selbst bei deren vollständiger Schließung nicht erreicht werden könnten, sollten die Ergebnisse und Feststellungen der GPA nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Er lieferte der Verwaltung auch jetzt noch wichtige Hinweise und Ansatzpunkte, über mögliche Konsolidierungsfelder nachzudenken und in einigen Bereichen zu weitergehenden Veränderungen zu kommen.

Herr Niehues bedankt sich für die Erstellung dieser Vorlage. Das Ergebnis sei als teilweise befriedigend zu bezeichnen. Es sei festzustellen, dass es bei den Personalkosten weiteren Diskussionsbedarf gebe und die Problematik mit dieser Vorlage nicht erledigt sei. Ausgenommen der Thematik der Personalkosten müssten die Punkte 3 c) bis 3 f) an die Fachausschüsse weiter gegeben werden.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu den Personalkosten halte Herr Niehues für zu defensiv. Mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs sei das Erfordernis der Personalkostenreduzierung eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden.

Herr Niehues kündigt an, dass die CDU-Fraktion die Forderung nach Einsparung von Personalkosten für 2006, und nur für 2006, von 500 T€ auf 100 T€ reduziere. Diese Reduzierung sei aufgrund des Faktors Zeit zurückzuführen. Ehe der Haushalt verabschiedet werde, sei bereits die erste Hälfte des Jahres vergangen. Daneben bedürfe es eine gewisse Zeit, bevor personalentscheidende Schritte in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Personalrat unternommen werden könnten.

Herr Niehues merkt an, dass die Verwaltung einige Stelle des Zahlenmaterials der Gemeindeprüfungsanstalt interpretiert habe. Er bittet die Verwaltung, eine Stellungnahme von Herrn Mölders zu dieser Vorlage einzuholen. Es solle kein neues Gutachten erstellt werden und diese Bitte solle auch nicht als eine externe Auftragsvergabe gedeutet werden. Es müsse Herrn Mölders jedoch die Gelegenheit gegeben werden, zu den strittigen Punkten Stellung zu beziehen. Herr Niehues fordert, den Beschlussvorschlag zu ergänzen.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass Herr Mölders lediglich stellvertretend für die Gemeindeprüfungsanstalt tätig sei. Die Stadt Rheine müsse sich daher an die Gemeindeprüfungsanstalt wenden und eine Überprüfung des Berichts anfordern. Darüber, ob die Überprüfung kostenfrei erfolgen könne, werde die Politik informiert.

Herr Ortel bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Niehues und stellt fest, dass die Verminderung der Personalkostenreduzierung von 500 T€ auf 100 T€ für das Jahr 2006 nun realistisch und ausführbar sei. Die Notwendigkeit der Konsolidierung sowie die Notwendigkeit der Personalkostenreduzierung müsse seiner Meinung nach, in einer der nächsten Runden der Strategie- und Finanzkommissi-

on, wie sie auch von Herrn Niehues als „Koalition der Vernunft“ benannt, erörtert werden. Wenn Personalkosten reduziert werden müssten, sei von einer prozentualen Reduzierung abzusehen. Nur mit Hilfe der Verwaltung könnten sinnvolle Reduzierungen vorgenommen werden.

Herr Holtel kritisiert, dass das Instrument der Altersteilzeit nicht ausreichend praktiziert werde.

Nach längerer Diskussion über die Ergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt an der sich Herr Wilp, Herr Lütke-meier, Herr Thum, Herr Ortel, Herr Kohnen, Herr Brauer, Herr Niehues sowie Herr Mau beteiligten, fasst Frau Dr. Kordfelder zusammen, dass eine Stellungnahme der GPA angefordert werde. Weiter sei festzuhalten, dass die CDU-Fraktion die Personalkostenreduzierung für das Jahr 2006 von 500 T€ auf 100 T€ konkretisiere. Sodann lässt Frau Dr. Kordfelder über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und verweist die ggf. erforderliche weitergehende Beratung im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2006 an die Fachausschüsse.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Haushaltsplan-Entwurf 2006 Festlegung der Eckdaten Vorlage: 177/06

Tonbandfundstelle: I/B/3140

Herr Lütke-meier erläutert die Vorlage.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass erstmalig die Rahmenbedingungen sehr ungünstig seien, Fakten und Zahlen teilweise nicht nachvollziehbar und Vergleichszahlen fehlten. Dadurch seien die Zahlen schlecht zu bewerten gewesen. Ziele und Kennzahlen seien unzureichend und nicht miteinander verknüpft gewesen. Ein Soll – Ist – Vergleich sei ebenfalls nicht gegeben. Diese Bedingungen hätten dazu geführt, einen Haushaltsplan zu beraten, der in weiten Teilen einem Blindflug gleichgekommen sei. Hätte es nicht die vorbereitenden Gespräche der Fachausschussmitglieder mit der Verwaltung gegeben, sowie die Möglichkeit Herrn Lütke-meier in die Haushaltsplanberatungen mit einzubeziehen, dann wäre der CDU-Fraktion eine Haushaltsplanberatung nicht möglich gewesen.

Herr Niehues führt weiter aus, dass dieser Haushalt unter den besonderen Blickwinkeln der Haushaltsumstellung, der Doppelten Buchführung sowie allen der damit verbundenen Schwierigkeiten stehe.

Die CDU-Fraktion vertraue dem Zahlenwerk der Verwaltung und stimme in den wesentlichen Zügen der Vorlage zu.

Herr Niehues beantragt, dass Ausgaben bei Projekten und Maßnahmen für 2006 die einen Betrag von 50 T€ übersteigen zunächst noch einmal im Haupt- und Fi-

nanzausschuss überprüft werden. Er begründet diesen Antrag damit, dass man die Haushaltsplanberatungen im Detail nicht überblicken könne. Man wisse über die Mehrarbeit innerhalb der Verwaltung, hielt diese Regelung aufgrund des unklaren Zahlenwerks und der besonderen Haushaltsplanberatungen für notwendig.

Für das Jahr 2007 solle zu einer „Koalition der Vernunft“ gefunden werden, die sowohl die Verwaltung als auch die politischen Parteien umfasse. Das Jahr 2007 solle zu einem Jahr der freiwilligen Haushaltskonsolidierung kommen. Aus Sicht der CDU-Fraktion müsse es zu einem so genannten Dreiklang kommen. Dieser Dreiklang bestehe aus einer Personalkostenreduzierung für 2007 auf 500 T€, einer Reduzierung der freiwilligen Leistungen und Zuschüsse sowie die Erhöhung von Einnahmen durch Steuererhöhungen.

Herr Niehues schlägt vor, in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung zu den Gedanken und Ideen eines freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzepts Stellung zu beziehen. Bereits nach den Sommerferien solle in die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2007 eingestiegen werden.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, in das Thema eines freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzepts in der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung einzusteigen, um in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses diese Materie zu erörtern. Dieser Vorschlag findet bei allen Fraktionen Zustimmung.

Herr Niehues teilt weiter mit, dass es Projekte gebe, beispielsweise der Bauhof, die nicht im Haushalt auftauchen würden, jedoch Kosten verursachen. Er bittet die Verwaltung, eine Aufstellung zukommen zu lassen, aus der hervorgehe, bei welchen Projekten und Maßnahmen noch Restmittel aus Vorjahren existierten. Dadurch wäre nachvollziehbar, welche Restmittel neben dem Haushalt 2006 vorhanden wären.

Herr Thum teilt mit, dass durch die Umstellung zur kaufmännischen Buchführung (NKF) ein großer Vertrauensvorschuss an die Verwaltung gegeben werden müsse. Von der Verwaltung sei viel an Vorleistung erbracht worden. Er weißt jedoch darauf hin, dass im Sportbereich einige Zahlen (z. B. Betriebskosten für Sportvereine) fehlten. Heute müssten Eckdaten beschlossen werden, denen den Fachausschüssen ein großer Spielraum biete.

Zum Antrag der CDU-Fraktion, Aufträge über 50 T€ noch einmal im Haupt- und Finanzausschuss zu überprüfen, signalisiert Herr Thum grundsätzliche Zustimmung. Er bittet jedoch bei Aufträgen von Baumaßnahmen zu einer Sonderregelung, da es sonst zu unverhältnismäßige Mehrarbeit komme.

Von einer pauschalierten Personalkostenreduzierung nimmt Herr Thum Abstand. Es müssten Aufgabenfelder durchleuchtet werden um zu einer sachlichen Personalkostenreduzierung zu gelangen. Dem Beschlussvorschlag der Hebesätze für die Gemeindesteuern wolle die SPD-Fraktion zustimmen. Die Höhe des Kreditbedarfs könne erst nach den Beratungen in den Fachausschüssen festgelegt werden.

Herr Thum schlägt zudem vor, Herrn Wick einzuladen, der bei der Kennzahlenaufstellung sowie der Produktkritik in den Fachausschüssen für das Haushaltsjahr 2007 Hilfestellung leistet. Herr Lütke-meier sagt dieses zu.

Herr Ortel teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen wollen, bittet jedoch um Ergänzung des Beschlussvorschlags um einen vierten Punkt. Angesichts der exorbitant steigenden Energiepreisen müsse im Bereich der Bauunterhaltung und Bauausstattung überprüft werden, ob durch unterschiedliche Investitionen langfristige Einsparungen erzielt werden könnten.

Für die FDP-Fraktion teilt Herr Holtel mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zum Hebesatz der Grundsteuer B nicht zustimmen werde. Sie befürchten eine erhebliche Härte für einzelne Haushalte.

Herr Lütke-meier stellt die derzeitige Situation vor und teilt mit, dass sich die gleiche Situation in den Jahren 2007, 2008 oder zum 01.01.2009 ergeben hätte. Man wäre nie von einer anderen Ebene auf diese Plattform umgestiegen. Zu den gering vorhandenen Vergleichszahlen, macht Herr Lütke-meier deutlich, dass der Produktplan sich in seiner inneren Struktur verändert habe. Man musste sich dem Rahmenplan des Landes anpassen sowie Unzulänglichkeiten die nicht unerheblich waren, gelöst werden. Insofern sei der Produktplan nicht mehr vergleichbar. Zu den Zielen und Kennzahlen müsse ein weiterer aktiver Dialog geführt werden. Auch die Finanzdaten würden sich aus einer ganz anderen Struktur zusammensetzen. Ein Vergleich mit vorherigen Daten könne nicht angeboten werden.

Herr Lütke-meier ist dankbar, dass die Fraktionen die Schwierigkeiten erkannt hätten und der Verwaltung Vertrauen in dieser Umstellungsphase entgegenbringen würden. Das Fehlen von Zahlen im Sportbereich werde überprüft und müsse im Rahmen der Fachausschussberatungen erörtert werden.

Zur Konkretisierung der einzelnen Fachbereiche schlägt Herr Niehues für die CDU-Fraktion folgende Änderungen für das Haushaltsjahr 2006 vor:

Im Fachbereich 1 Bildung, Kultur und Sport, speziell im PB/P 15 Sport sollen 44 T€ zusätzliche Mittel im Budget Sport zur Verfügung gestellt werden, damit das Sanierungsprogramm vereinsgebundener Sportanlagen durchgeführt werden könne.

Im Fachbereich 4 Finanzen müsse aufgrund von Mehreinnahmen bei den Stadtwerken auch höhere Einnahmen angesetzt werden.

Im Fachbereich 5 Planen und Bauen, übrige PG sollen die Verpflichtungsermächtigungen 2006 für die Wohnmobilheimplätze entfallen. Des Weiteren sollen für die Vergabe der Erschließungsarbeiten, im Bereich der Firma Eurode, der Betrag in Höhe von 250 T€ in die Verpflichtungsermächtigung und nicht im Haushalt veranschlagt werden.

Im Fachbereich 6 Technische Betriebe sollen die Ausgaben um 50 T€ aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Fachdiskussion um das Holzhackschnitzelheizwerk gekürzt werden.

Im Fachbereich 8 Wohn- und Grundstücksmanagement sollen Mehreinnahmen in Höhe von 250 T€ veranschlagt werden. Im Jahre 2005 gab es einen Boom an Grundstücksverkäufen. Die Erträge für diese Verkäufe würden weitestgehend im Jahr 2006 eingehen.

Für das Haushaltsjahr 2006 sollen Personalkosten um 100 T€ reduziert werden. Mit der Reduzierung könne erst nach den Fachberatungen in den Ausschüssen begonnen werden.

Die Baumaßnahme Stadtbücherei soll zunächst den Betrag in Höhe von 1.800 T€ nicht übersteigen.

Die CDU-Fraktion möchte ein positives Signal zum Grunderwerb Bergstraße geben und bittet die erforderlichen Mittel dafür bereitzustellen.

Für die SPD-Fraktion teilt Herr Thum folgende Änderungsvorschläge mit, die in den Fachausschüssen beraten werden müssten.

Für den Fachbereich 1, Bildung, Kultur und Sport sehe die SPD-Fraktion für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 ein Einsparpotential in sechsstelliger Höhe. Hier müssten bestimmte Produkte wie beispielsweise Theater oder Konzertring überprüft werden.

Für den Fachbereich 3 Recht und Ordnung regt Herr Thum an, über die Anschaffung von Verkehrsüberwachungsgeräte nachzudenken.

Im Fachbereich 5 Planen und Bauen sei die Stelle von Herrn Teichler zu überprüfen sowie über die Art und Weise der Veröffentlichung von Amtlichen Bekanntmachung nachzudenken. 50 T€ Einsparungen wolle man durch Verschiebungen von Straßenbaumaßnahmen erreichen.

Im Fachbereich 0 müsse die Stelle in der örtlichen Rechnungsprüfung zur Diskussion stehen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen teilt Herr Ortel mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungsvorschläge unterbreitet würden. In der Fachdiskussion in den Fachausschüssen werden zu gegebener Zeit Änderungen vorgeschlagen.

Frau Dr. Kordfelder fasst zusammen, dass erstmalig in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 29. Mai 2006 über eine freiwillige Haushaltskonsolidierung eruiert werde. Zum Antrag der CDU-Fraktion bei Projekten und Maßnahmen des Investitionsplans über 50 T€ den Haupt- und Finanzausschuss zu beteiligen, werde heute zur Kenntnis genommen und ein entsprechendes Verfahren entwickelt.

Da es unterschiedliche Meinungen zu Teilen des Beschlussvorschlags gibt, lässt Frau Dr. Kordfelder über die einzelnen Beschlussvorschläge getrennt abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

- A. Die **Budgets der Fach- und Sonderbereiche** werden in der sich aus der Anlage der Vorlage beigefügten Gesamtbudgetübersicht ergebenden Höhe festgesetzt und bilden die Grundlage für die Fachausschussberatungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- B. Die **Hebesätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1 Grundsteuer

1.1 für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(Grundsteuer A) **auf 192 v. H.**

1.2 für die Grundstücke
(Grundsteuer B) **auf 401 v. H.**

2 Gewerbesteuer **auf 403 v. H.**

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

- C. Der **Kreditbedarf** wird für 2006 auf höchstens **1.928.600 Euro** festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Gesamtstellenplan 2006
Festlegung der Eckwerte
Vorlage: 178/06**

Tonbandfundstelle: II/B/0700

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Niehues mit, dass diese Vorlage als erste Lesung zu verstehen sei. Die Diskussionsrunde müsse in den Fachausschüssen geführt werden. Die Gesamtproblematik werde mit dem Personalrat erörtert. Die beschlossene Stellenreduzierung sei heute zur Kenntnis zu nehmen. Zur Stellenausweitung vertritt Herr Niehues die Meinung, dass die Summe der Stellenausweitung nicht die Summe der Stellenreduzierung übersteigen dürfe. Seine persönliche Höchstgrenze liege bei 20,3 Stellen.

Für die Fachausschussberatungen bittet Herr Niehues die Verwaltung zu allen Stellenausweitungen eine nachvollziehbare, detaillierte Begründung zu liefern. Des Weiteren sollen die freien Stellen dargelegt werden, die bislang nicht unter die Stellenreduzierung fallen.

Frau Dr. Kordfelder sagt die Bereitstellung der geforderten Informationen zu und lässt über den folgenden Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt:

Der Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2006 sowie die Fachbereichsstellenpläne gemäß den beigefügten Anlagen 1 – 3 dienen als Grundlage für die Beratungen in den Fachausschüssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7.1. Offene Ganztagsgrundschulen - Beginn der Baumaßnahmen
Vorlage: 181/06**

Tonbandfundstelle: II/B/1560

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den vorzeitigen Maßnahmebeginn für den Umbau der Offenen Ganztagsgrundschulen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

Tonbandfundstelle: II/B/1647

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass keine Eingaben vorliegen.

9. Einwohnerfragestunde

Tonbandfundstelle: II/B/1650

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

Tonbandfundstelle: II/B/1670

Es folgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 19:42 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer